

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK

Institute for Economic Policy Research

DISKUSSIONSBEITRÄGE

ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK

Verschiebungseffekte der EWU:

Juristische Aspekte

DISTRIBUTION STATEMENT A

Approved for Public Release

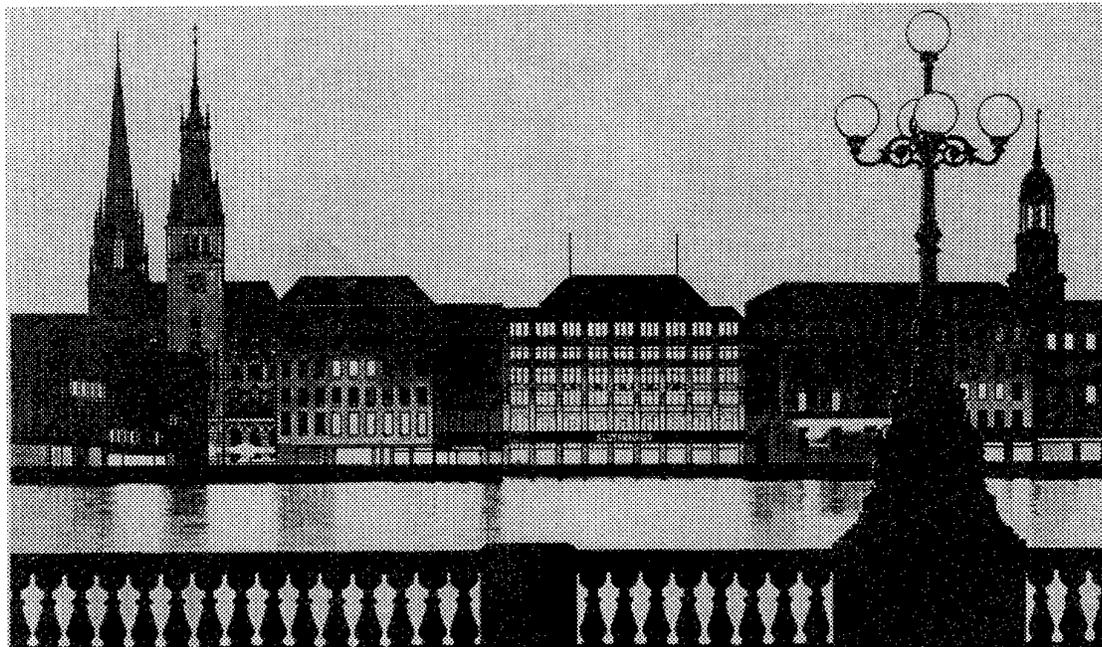
Distribution Unlimited

Martin Seidel

20030107 061

DISCUSSION PAPERS IN ECONOMIC POLICY RESEARCH

Nr. 86
Hamburg 1998



UNIVERSITÄT DER BUNDESWEHR HAMBURG

University of the Federal Armed Forces Hamburg

REPORT DOCUMENTATION PAGE

Form Approved OMB No. 0704-0188

Public reporting burden for this collection of information is estimated to average 1 hour per response, including the time for reviewing instructions, searching existing data sources, gathering and maintaining the data needed, and completing and reviewing the collection of information. Send comments regarding this burden estimate or any other aspect of this collection of information, including suggestions for reducing this burden to Washington Headquarters Services, Directorate for Information Operations and Reports, 1215 Jefferson Davis Highway, Suite 1204, Arlington, VA 22202-4302, and to the Office of Management and Budget, Paperwork Reduction Project (0704-0188), Washington, DC 20503.

1. AGENCY USE ONLY (Leave blank)	2. REPORT DATE 1998	3. REPORT TYPE AND DATES COVERED Discussion Paper	
4. TITLE AND SUBTITLE Verschiebungseffekte der EWU: Juristische Aspekte The Effects of the Delay of the European Monetary Union: Legal Aspects		5. FUNDING NUMBERS	
6. AUTHOR(S) Martin Seidel		8. PERFORMING ORGANIZATION Report Number REPORT NUMBER Nr. 86 Hamburg 1998	
7. PERFORMING ORGANIZATION NAME(S) AND ADDRESS(ES) Institut fuer Wirtschaftspolitik, Universitaet der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, D-22043 Hamburg		10. SPONSORING/MONITORING AGENCY REPORT NUMBER	
9. SPONSORING/MONITORING AGENCY NAME(S) AND ADDRESS(ES)		11. SUPPLEMENTARY NOTES Text in German. Title and abstract in German and English, 18 pages, Nr. 86 Hamburg 1998.	
12a. DISTRIBUTION/AVAILABILITY STATEMENT Distribution A: Public Release.		12b. DISTRIBUTION CODE	
ABSTRACT (Maximum 200 words) Many legal questions arise from the planned European Monetary Union on January 1, 2002. Two of the most important are to what degree, according to the Maastricht proposal, the Central EU Council's decisions would be legally binding, and whether the right to trial within the Union's framework in the form of various possibilities for plaintiffs would be put to use. The author suggests that delaying the Monetary Union would contradict efforts to secure internal markets and dampen political integration.			
14. SUBJECT TERMS German, European Monetary Union, Treaty of Maastricht, European law, European internal markets			15. NUMBER OF PAGES
17. SECURITY CLASSIFICATION OF REPORT UNCLASSIFIED			16. PRICE CODE
18. SECURITY CLASSIFICATION OF THIS PAGE UNCLASSIFIED	19. SECURITY CLASSIFICATION OF ABSTRACT UNCLASSIFIED	20. LIMITATION OF ABSTRACT UNLIMITED	

Verschiebungseffekte der EWU: Juristische Aspekte

Martin Seidel,

1. Die Europäische Gemeinschaft als Rechtsgemeinschaft

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Rechtsgemeinschaft. Sie hat eine Rechtsordnung, die das Handeln ihrer Organe, soweit dieses die Rechtsordnung ausgestaltet, Bindungen unterwirft. Die Umwandlung der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Verfaßtheit nach den Verträgen von Rom und Luxemburg in eine Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Zuschnitt des Vertrages von Maastricht ist ein rechts- und verfassungsgestaltender Akt. Insbesondere ist der Eintritt in die Endstufe der Währungsunion ein Hoheitsakt der Gemeinschaft, der sich im Rahmen ihrer Rechtsordnung vollzieht und die Verfassung der Europäischen Gemeinschaft berührt. Mit der Entscheidung über die Auswahl der an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten, die der Rat als Organ der Gemeinschaft in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs am 2. Mai dieses Jahres gemäß Artikel 109j EG-Vertrag zu treffen hat, geht in Verbindung mit der am 1. Januar kommenden Jahres zu treffenden Entscheidung über die Substituierung der nationalen Währungen durch die neue europäische Einheitswährung die Währungssouveränität von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Gemeinschaft über, und zwar die Zuständigkeit für die äußere Währungspolitik auf den Rat und die Zuständigkeit für die Geld-, Zins- und Kreditpolitik im Sinne der inneren Währungspolitik auf das "Europäische System der Zentralbanken und die Europäische Zentralbank", eine neue Institution, die in Maastricht eigens zu diesem Zweck errichtet wurde.

Fragen des "Verzichts" auf die Währungsunion oder auch nur der "Verschiebung" des Termins zur Beschlußfassung über den Eintritt in die Währungsunion, der im Vertrag von Maastricht für 1998/1999 als Ausschlußtermin festgelegt ist, sind daher nicht nur politische, sondern zugleich auch rechtliche Fragen. Ebenso wirkt die Einhaltung der Regelungen, die für die Auswahl der an der Währungsunion teilnehmenden Mitgliedstaaten in Maastricht vertragsrechtlich festgelegt wurden, nicht ausschließlich politische, sondern auch rechtliche Fragen auf: Die Rechtsordnung der Gemeinschaft, einschließlich der ihre Einhaltung sichernden gerichtlichen Verfahren, steht weder zur Disposition der Mitgliedstaaten noch zur Disposition der Organe der Europäischen Gemeinschaft. Fraglich kann allenfalls sein, in welchem Ausmaß der Rat bei der Gestaltung der Währungsunion nach dem Maastrichter Regelungswerk über die Währungsunion und dem allgemeinen Gemeinschaftsrecht rechtlichen Bindungen unterliegt und ob gegebenenfalls von den Rechtsbehelfen, die das Gerichtsverfahrensrecht der Europäischen Gemeinschaft in Form verschiedener Klagemöglichkeiten vor dem Europäischen Gerichtshof zur Verfügung hält, Gebrauch gemacht wird.

AQ F03-03-0590

2. Verschiebung des Termins für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion

Zu den Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts gehört, daß Rechtsakte der Organe der Gemeinschaft einer Rechtsgrundlage im Sinne einer Ermächtigung zum Handeln bedürfen. Für den Übergang in die dritte Stufe der Währungsunion stellt Artikel 109j EG-Vertrag eine solche Rechtsgrundlage dar, die aber die Besonderheit aufweist, daß ihre Ausübung an einen bestimmten Termin gebunden ist. Während der ersten Phase der Maastrichter Verhandlungen war unter den Konferenzteilnehmern noch die Vorstellung vorherrschend, daß über den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion, falls sich keine ausreichende Anzahl von Mitgliedstaaten für die Währungsunion qualifizieren sollte, im zeitlichen Rhythmus von zwei Jahren neu entschieden werden sollte. Um die Wirksamkeit der Konvergenzverpflichtung zu erhöhen und die Mitgliedstaaten zu höchsten Anstrengungen hinsichtlich der Einhaltung der Haushaltsregeln zu verpflichten, wurde diese Konzeption zugunsten eines definitiven Endtermins für die Entscheidung bewußt aufgegeben.

Den konferenzteilnehmenden Mitgliedstaaten war dabei bewußt, daß sich nach dem festgelegten Regelwerk möglicherweise nur eine kleine Anzahl von Mitgliedstaaten für den sofortigen Eintritt in die Währungsunion qualifizieren könnte, wenn nicht sogar mangels Qualifizierung aller Mitgliedstaaten für den Eintritt, wie 1996/1997 geschehen, die Währungsunion ausschließlich aus Mitgliedstaaten mit einer „Ausnahmeregelung“ im Sinne von Artikel 109k EG-Vertrag würde beginnen müssen.

Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Herstellung einer konvergenten Wirtschaftsentwicklung ist für die zweite Stufe der Währungsunion als eine bloße "Bemühensklausel" ausgestaltet (Artikel 109e Absatz 4 EG-Vertrag). Bereits daraus folgt, daß weder der Rat noch die Mitgliedstaaten sich rechtlich relevant vertragswidrig verhalten, wenn sich die Konvergenz der Wirtschaftspolitik in allen Mitgliedstaaten nicht erreichen lassen sollte und die Mitgliedstaaten von der Ausübung der Kompetenz der Gemeinschaft gemäß Artikel 109j EG-Vertrag zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt absehen würden. Die Nicht-Ausübung der Kompetenz durch den Rat wäre gerichtlich nur im Wege der sog. Untätigkeitsklage gemäß Artikel 174 EG-Vertrag angreifbar. Eine solche Untätigkeitsklage wäre nur erfolgreich, wenn dem Rat gegenüber dem klagenden anderen Organ oder gegenüber anderen Klageberechtigten eine gemeinschaftsrechtliche Verpflichtung zum Handeln obläge. Eine solche Verpflichtung ist nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht einmal für die Fallgestaltung anzunehmen, daß sich genügend Mitgliedstaaten für die Währungsunion qualifizieren würden, der Rat jedoch gleichwohl, etwa weil ein sog. geborenes Mitgliedsland wie Frankreich oder Deutschland sich nicht qualifiziert, den Eintritt in die Währungsunion nicht beschließt.

Die Suspendierung der Währungsunion, das heißt ein "Verzicht" auf ihre Verwirklichung widerspräche ihrer Funktion als notwendiger Ausbauschritt der Europäischen Gemeinschaft zur besseren Absicherung des Binnenmarktes und zur Erleichterung der politischen Integration. Das Zieldatum für die Beschlußfassung kann daher nicht dahin interpretiert werden, daß mit seinem Verfehlen das Maastrichter Regelwerk hinfällig wird. Das Maastrichter Regelwerk muß vielmehr im Gegenteil dahin interpretiert werden, daß es für den Fall, daß sich die Mitgliedstaaten für den Eintritt in die Währungsunion durchgängig nicht qualifizieren, nicht nur die Festlegung eines

neuen Termins ermöglicht, vielmehr die Mitgliedstaaten sowie die Organe der Gemeinschaft zwecks Erhaltung des momentums zur Festlegung eines neuen Termins sogar verpflichtet. Die Verschiebung des Termins für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion ist gemeinschaftsrechtlich zulässig und dies ungeachtet der Tatsache, daß das Maastrichter Regelungswerk die Möglichkeit der Verschiebung nicht *expressis verbis* vorsieht. Völlig abwegig ist die Auffassung, daß dem im Maastrichter Vertrag festgelegten Schlußdatum rechtlich die Bedeutung zukomme, daß zwecks Wahrung des Termins, der grundsätzlich nicht substituierbar sei, die Haushaltsregeln und Eintrittsbedingungen entsprechend angepaßt bzw. aufgeweicht zur Anwendung gebracht werden könnten. Die Währungsstabilität ist die ausdrücklich festgelegte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielsetzung der Währungsunion; ihre Sicherung wird nicht durch die Aufweichung der Teilnahmebedingungen, sondern allein durch deren strikte Einhaltung erreicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat in der Entscheidung vom 12. Oktober 1993 für die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsland von Grundgesetz wegen ein Austrittsrecht - und damit ein Nicht-Teilnehmerrecht - postuliert, falls die Währungsunion die ihr auferlegte Zielsetzung der Wahrung der Preisstabilität verfehlen sollte.

Die Aufhebung und Verschiebung des Schlußtermins bedarf keines irgendwie gearteten förmlichen Rechtsaktes, insbesondere keiner Änderung des Vertrages von Maastricht. Der Generaldirektor des Juristischen Dienstes der Kommission, Dewost, hat in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem er eigens auch zu dieser Frage angehört worden ist, völlig zutreffend darauf hingewiesen, daß Daten, wie der Zeitpunkt für den Eintritt in die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, nach "gefestigter Gemeinschaftstradition" ihren Sinn eher darin hätten, die Integrationsentwicklung anzustoßen und zu beschleunigen, als sie unter allen Umständen fristgerecht zu verwirklichen. Der Vertrag von Rom sah für die Durchführung verschiedener anderer Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft feste Termine, zumeist Endtermine für die Beschlußfassung durch den Rat vor. Die Termine wurden zu einem großen Teil vom Rat nicht eingehalten, ohne daß der Vorwurf einer Vertragsverletzung im Sinne einer gerichtlich feststellbaren Mißachtung einer gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtung jeweils erhoben und die Festlegung eines neuen Zeitpunkts für unzulässig erklärt wurde.

Für die Verschiebung und Festlegung eines neuen Termins reicht ein rein "politischer" Beschluß des Rates bzw. der Staats- und Regierungschefs aus. Mangels rechtlicher Verbindlichkeit des Schlußtermins ist insbesondere nicht eine Änderung des Vertrages von Maastricht mit anschließender Ratifizierung in den Mitgliedstaaten und Referenden in einigen Mitgliedstaaten erforderlich. Ein solcher Prozeß würde die Währungsunion in einer Weise belasten und Unsicherheiten bewirken, die den Integrationsschritt als solchen in Frage stellen bzw. zumindest verzögern würde. Ein öffentlich zu verlautbarender politischer Beschluß des Rates ist aber unerlässlich; die Finanzmärkte müssen nämlich ein eindeutiges Signal über die zukünftige Entwicklung haben. Der Beschluß wäre auf das Regelungswerk der Wirtschafts- und Währungsunion als Handlungsermächtigung zu stützen und im Amtsblatt der Gemeinschaft zu veröffentlichen.

Da ein solcher Beschluß kein Rechtsakt wäre, unterläge er keiner Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof. Natürlich bliebe nicht ausgeschlossen, daß der Europäische Gerichtshof angerufen würde.

In der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über die Zulässigkeit der Festlegung eines neuen Termins ist infolge einer Fehlinterpretation des Artikel 109j Absatz 4 EG-Vertrag Verwirrung entstanden. Die Vorschrift besagt, daß mangels einer Festlegung des Termins für den Eintritt in die Währungsunion durch den Rat bis zum Ende des Jahres 1997 als Eintrittstermin der 1. Januar 1999 gelte. Daraus ist gefolgert worden, daß nach dem Ablauf des Jahres 1997 die Festlegung eines neuen Termins ausgeschlossen sei. Die Regelung des Absatzes 4 des Artikel 109j EG-Vertrag knüpft jedoch an die Regelung des Absatzes 3 des Artikel 109j EG-Vertrag an. Sie besagt im Zusammenhang mit dem für 1996/1997 vorgesehenen ersten Durchgang des Eintrittsverfahrens, daß das Eintrittsdatum des zweiten Durchgangs des Verfahrens (1988/1989), nämlich der 1. Januar 1999 gelte, wenn der Rat nach "erfolgreicher" Durchführung des ersten Verfahrens, insbesondere der Feststellung, daß mehr als die Hälfte der Mitgliedstaaten die Beitrittsvoraussetzungen erfüllen, keinen Termin, beispielsweise nicht den 1. Januar 1999 festgelegt hat. Die Regelung des Absatzes 4 des Artikel 109j EG-Vertrag hat lediglich im Zusammenhang mit dem ersten Verfahren der Jahre 1996/1997 Bedeutung. Die Frage der Verschiebung des Schlußtermins des 1. Januars 1999, um die es hier geht, würde sich auch stellen, wenn es die für 1996/1997 vorgesehene Verfahrensregelung überhaupt nicht gäbe.

3. Schadensersatzansprüche gegen die Europäische Gemeinschaft im Falle der Verschiebung

Die Verschiebung des Termins für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion dürfte keine Schadensersatzansprüche gegen die Gemeinschaft, ebenso wenig gegen die Mitgliedstaaten auslösen. Die Europäische Gemeinschaft haftet zwar – außervertraglich – gemäß Artikel 215 EG-Vertrag für Schäden, die ihre Organe und Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursacht haben. Diese Haftung richtet sich aber "nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind". Die mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen sehen für den Fall, daß Wirtschaftssubjekte in bloßer Erwartung einer Änderung der Rechtslage, die an einen rechtlich nicht verbindlichen Termin geknüpft ist, Aufwendungen machen, eine Staatshaftung nicht vor. Wirtschaftssubjekte, die in Erwartung des Beginns der Währungsunion im Jahr 1999/2002 Investitionen vorgenommen haben, mußten damit rechnen, daß sich eine "Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung" innerhalb einer relevanten Gruppe von Mitgliedstaaten unter Umständen nicht erreichen läßt. Die Herstellung der wirtschaftlichen Konvergenz war eine für sie erkennbare materielle Voraussetzung für den Eintritt in die Währungsunion zu dem gegebenen Zeitpunkt. Ihr Vertrauen darauf, daß die Mitgliedstaaten der ohnedies nur als Bemühens-Klausel ausgestalteten Verpflichtung zur Konvergenz der Wirtschaftspolitik nachkommen würden, ist nicht schutzwürdig. Die Wirtschaftsentwicklung ist in jedem Mitgliedstaat das Ergebnis des Zusammenwirkens zahlreicher Faktoren und gesellschaftlicher Kräfte und läßt sich nicht gesetzlich "verordnen". Wenn der Rat zu dem Ergebnis gelangt, daß die Voraussetzungen für den Eintritt in die Währungsunion nicht vorliegen und ein

neuer Termin festgelegt werden müsse, setzt er sich im Hinblick auf die von der Wirtschaft getätigten Investitionen keinen Amtshaftungs- und Schadensersatzansprüchen aus. Eine Maßnahme, die im Interesse der Stabilisierung der Währungsunion getroffen wird, kann nicht haftungsbegründend sein; andernfalls würde sie der Zielsetzung der Währungsunion widersprechen.

4. Prozessuale Risiken des Eintritts in die Endstufe der Währungsunion aufgrund des Gemeinschaftsrechts

Die Diskussion über die prozessualen Risiken des Übergangs in die Endstufe der Währungsunion konzentriert sich auf die Möglichkeiten der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Klagen und Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof mit dem Ziel einer Überprüfung oder gar Annullierung der Entscheidungen des Rates über die Auswahl der beitragsfähigen Mitgliedstaaten und die Substituierung der nationalen Währungen durch die neue Einheitswährung werden nicht diskutiert. Die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs über die Auswahl der Mitgliedstaaten wird als eine rein politische Entscheidung verstanden, die einer Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof entzogen sei. Tatsächlich erfolgen Beschlüsse und Entscheidungen des Europäischen Rates, der sich aus den Staats- und Regierungschefs zusammensetzt, außerhalb des rechtlich-institutionellen Systems, das die Überprüfung der Rechtsakte seiner Organe durch den Europäischen Gerichtshof nach Maßgabe verschiedener Verfahren vorsieht. Der Europäische Rat ist kein Organ im Sinne dieses Rechts- und Verfassungssystems der Gemeinschaft, sondern steht mit seiner allgemeinen Leitlinienbefugnis außerhalb der Rechts- und Verfassungsordnung. Seine Beschlüsse, Richtlinien und "Entscheidungen" haben ausschließlich politisch bindende Wirkung und sind keine Rechtsakte, die der Kontrolle durch den Europäischen Gerichtshof unterliegen.

Die Entscheidung über die Auswahl der beitragsfähigen Mitgliedstaaten gemäß Artikel 109j EG-Vertrag treffen die Staats- und Regierungschefs indes nicht als Europäischer Rat, sondern als – echter - Rat der Europäischen Gemeinschaft, der im allgemeinen aus Ministern der Mitgliedstaaten zusammengesetzt ist und in dieser – klassischen - Zusammensetzung - neben dem Europäischen Parlament - die Rechtsetzungshoheit der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt. Der Beschluß, den der Rat in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs Anfang Mai dieses Jahres trifft, ist als Rechtsakt nicht von anderer Qualität als das übliche rechtsgestaltende Handeln des Rates. Er kann nach den vom Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Verfahren gleichermaßen wie alle anderen Rechtsakte vom Europäischen Gerichtshof überprüft werden. Die Entscheidung über die Auswahl der Mitgliedstaaten ist für die Mitgliedstaaten und für die Bürger der Europäischen Gemeinschaft mit beträchtlichen rechtlichen Wirkungen verbunden. Zusammen mit der Entscheidung, die der Rat der Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar 1999 über die unwiderrufliche Festsetzung der Wechselkurse der nationalen Währungen und die Substituierung der nationalen Währungen durch die neue Einheitswährung treffen wird, bewirkt zusammen mit der Entscheidung des Rates vom Mai dieses Jahres den Übergang der Währungssouveränität von den beitretenden Mitgliedstaaten auf die Europäische Gemeinschaft. Daß die Gesamtentscheidung auf zwei Einzelentscheidungen aufgeteilt ist, die zudem

zeitlich auseinanderfallen, nimmt keiner der beiden Teilentscheidungen die Qualität eines Rechtsaktes; sie schließt vor allem die Möglichkeiten der Überprüfung der Entscheidungen durch den Europäischen Gerichtshof nicht aus. Die konferenztteilnehmenden Staaten haben in Maastricht die Teilnahme-Entscheidung bewußt nicht dem Europäischen Rat als solchem, sondern dem Rat - in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs - überantwortet. Sie gingen davon aus, daß es sich bei dieser Entscheidung um einen - echten - Rechtsakt handelt, den die Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Europäischen Rates nicht treffen können. Der Europäische Rat kann die Rechtsetzungshoheit der Europäischen Gemeinschaft nicht wahrnehmen.

a) Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage gemäß Artikel 173 Abs. 1 und Abs. 2 EG-Vertrag

Die Entscheidung des Rates vom Mai dieses Jahres über die Auswahl der beitriffs-fähigen Mitgliedstaaten und die Gewährung von Ausnahmeregelungen im Sinne von Artikel 109k EG-Vertrag für die zunächst nicht-teilnehmenden Mitgliedstaaten kann im Wege der Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklage gemäß Artikel 173 EG-Vertrag dem Europäischen Gerichtshof zur Überprüfung unterbreitet werden. Klageberechtigt sind, ohne daß sie ein Rechtsschutzinteresse nachzuweisen brauchen, sämtliche Mitgliedstaaten sowie die Kommission, ferner unter der Voraussetzung, daß die Klage auf die Wahrung seiner Rechte, beispielsweise des in Artikel 109j EG-Vertrag vorgesehenen Konsultationsrechts abzielt, auch das Europäische Parlament. Klagebefugt sind aber auch natürliche und juristische Personen, wenn auch nur unter der einschränkenden Voraussetzung, daß sie durch die Entscheidung des Rates, die sich an die Mitgliedstaaten richtet, "unmittelbar und individuell" "betroffen" sind.

Der Europäische Gerichtshof überprüft im Rahmen des Anfechtungs- und Normenkontrollverfahrens die Entscheidung des Rates darauf hin, ob wesentliche Formvorschriften verletzt, ob das vertragliche oder das abgeleitete Gemeinschaftsrecht mißachtet bzw. ob das dem Rat eingeräumte Ermessen mißbräuchlich oder fehlerhaft ausgeübt worden ist. Die in Artikel 173 I EG-Vertrag genannten vorstehend wiedergegebenen vier "Klagegründe" ermöglichen eine umfassende Überprüfung der Entscheidung. Beispielsweise stellt das vertragliche Gemeinschaftsrecht mit Artikel 190 EG-Vertrag, der sinngemäß nicht nur für die dort ausdrücklich genannten "Verordnungen", "Richtlinien" und "Entscheidungen" im Sinne von Artikel 189 EG-Vertrag, sondern auch für alle anderen rechtsgestaltenden Akte des Rates gilt, an die Begründung des Rechtsaktes relativ hohe Anforderungen. Ihre Mißachtung kann nach der vom Gerichtshof entwickelten "Plausibilitäts"-Theorie zur Aufhebung der Entscheidung und Feststellung ihrer Nichtigkeit führen.

Das Ausmaß der Überprüfungshoheit des Europäischen Gerichtshofs hängt davon ab, inwieweit das Entscheidungsermessen des Rates durch die Regelungen des Artikel 109j EG-Vertrag, insbesondere durch die sog. Konvergenzregeln rechtlich gebunden ist. In diesem Zusammenhang ist die Interpretation der Konvergenzregelungen, die der Europäische Gerichtshof im Rahmen dieses oder im Rahmen eines nachstehend aufgezeigten Vorabentscheidungsverfahrens vorzunehmen hat, für die Beurteilung der Bestandskraft der Entscheidungen des Rates von ausschlaggebender Bedeutung.

Auf die Frage der Interpretation der Konvergenzregeln ist daher nachstehend gesondert einzugehen.

b) Überprüfung der Bestandskraft der Entscheidungen des Rates im Rahmen von Vorabentscheidungsverfahren

Eine Überprüfung der Entscheidungen des Rates anhand der genannten Klagegründe des Normenkontrollverfahrens des Artikel 173 EG-Vertrag ist ferner im Rahmen von Vorabentscheidungsverfahren möglich. Vorabentscheidungsverfahren werden von den nationalen Gerichten als Zwischenverfahren eingeleitet, um unter anderem die Rechtsgültigkeit eines Rechtsaktes der Gemeinschaft durch den Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen. Die nationalen Gerichte können von sich aus zwar nationales Recht für mit dem Gemeinschaftsrecht unvereinbar erklären, nicht jedoch einem Rechtsakt der Gemeinschaft wegen Verstoßes gegen höherrangiges Gemeinschaftsrecht, etwa die Konvergenzregeln des Maastrichter Vertrages, die Rechtsgültigkeit absprechen; die Überprüfungsbefugnis ist allein dem Europäischen Gerichtshof vorbehalten.

Die Überprüfungsbefugnis des Gerichtshofs wird im Rahmen von Vorabentscheidungsverfahren nicht dadurch eingeschränkt, daß der Rechtsakt nicht innerhalb der in Artikel 173 Abs. 5 EG-Vertrag festgelegten zweimonatigen Ausschlußfrist von einer der klageberechtigten Parteien angefochten worden ist. Artikel 184 EG-Vertrag erklärt zwar lediglich "Verordnungen" für auch nachträglich überprüfbar; die Regelung gilt indes, ohne daß weitere Rechtsakte ausdrücklich genannt sind, auch für das zweistufige Rechtsetzungsverfahren der Richtlinie sowie für alle anderen normativ wirkende Rechtsakte des Rates, unabhängig davon, wie diese förmlich eingestuft werden. Bei Artikel 184 EG-Vertrag handelt es sich um einen allgemeinen Grundsatz des Gerichtsverfahrensrecht der Europäischen Gemeinschaft.

Im Rahmen von Vorabentscheidungsverfahren kann folglich die vertragsrechtliche Konformität der Entscheidungen des Rates über die Feststellung der beitriffähigen Mitgliedstaaten sowie die vertragsrechtliche Konformität der Entscheidung vom 1. Januar 1999 jederzeit erneut in Frage gestellt werden. Vorabentscheidungsverfahren sind anlässlich der verschiedensten Fallgestaltungen, die Rechtsstreitigkeiten vor den nationalen Gerichten haben können, vorstellbar. Allerdings dürfte der Europäische Gerichtshof, wenn er die Vertragskonformität der Auswahl-Entscheidung vom Mai und der Entscheidung vom Januar kommenden Jahres über die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse unter Aufhebung der Devisenmärkte als Folge der Einführung der einheitlichen Währung als gesetzliches Zahlungsmittel in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten einmal in dem Verfahren nach Artikel 173 EG-Vertrag festgestellt hat, an seiner Rechtsprechung festhalten. Gemeinschaftsrechtlich gebunden ist der Europäische Gerichtshof an seine Urteile allerdings nicht. Mit prozessualen Risiken durch Vorabentscheidungsverfahren sind die beiden Entscheidungen des Rates daher besonders stark behaftet, wenn es nicht zur Durchführung eines Normenkontrollverfahrens gemäß Artikel 173 EG-Vertrag kommt. Die Mitgliedstaaten, die Organe der Europäischen Gemeinschaft und vor allem die Institution der Finanzwelt dürften daher, wenn der Eindruck einer unzulänglichen Wahrung der Regelungen des Gemeinschaftsrechts beim Erlaß der Entscheidungen vom Mai dieses Jahres und vom Januar kommen-

den Jahres aufkommen sollte, ein Interesse daran haben, daß die Zweifel im Rahmen des fristengebundenen Normenkontrollverfahrens gemäß Artikel 173 EG-Vertrag beseitigt werden.

c) Vertragsverletzungsklage gemäß Artikel 169, 170 EG-Vertrag

Die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs im Wege der Vertragsverletzungsklage gemäß Artikel 169, 170 EG-Vertrag, die sich gegen die Mitgliedstaaten, nicht dagegen auch gegen Organe der Europäischen Gemeinschaft richtet, ist im Zusammenhang mit dem Verfahren des Eintritts in die Währungsunion nur unter der Fallgestaltung vorstellbar, daß ein Mitgliedstaat entweder die Mitwirkung bei der Beschlußfassung versagt oder den - mit Mehrheit verabschiedeten - Rechtsakt des Rates gegen sich nicht gelten läßt.

Die Versagung der Mitwirkung bei einem anstehenden Rechtsakt durch einen Mitgliedstaat wirft außerordentlich schwierige rechtliche Fragen auf. Die bisherige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und die Europarechtslehre stellen für diese Fallgestaltungen keine Maßstäbe und Beurteilungskriterien zur Verfügung. Bei einstimmig zu verabschiedenden Rechtsakten des Rates hat die Verweigerung der Mitwirkung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten bislang zu keiner Zeit die Rechtsauffassung aufkommen lassen, daß den Mitgliedstaat der Vorwurf eines Vertragsbruches trifft. Die Terminbindung einer anstehenden Entscheidung rechtfertigt diesen Vorwurf ebenfalls nicht, da Terminen in dieser Hinsicht keine ausreichende rechtliche Bedeutung zukommt. Das dem Vertrag von Maastricht beigefügte Protokoll "über den Übergang zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion" beschränkt sich auf die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, bei der Gestaltung der Endstufe der Währungsunion "mitzuwirken". Das Protokoll dürfte aber ungeachtet seiner Qualität als vertragliches Gemeinschaftsrecht nur die völlig unbegründete Blockade, nicht jedoch jegliche Verweigerung der Mitwirkung in eine Kategorie des "Vertragsbruchs" einordnen. Verweigert ein Mitgliedstaat aus Gründen der Interpretation des Maastrichter Regelwerks die Mitwirkung, kann ihm der Vorwurf des "Vertragsbruchs" kaum entgeggehalten werden. Die Mitwirkungspflicht der Mitgliedstaaten besagt nichts darüber, wie die - durchaus auslegungsfähigen und auslegungsbedürftigen - Konvergenzregeln zu verstehen sind. Der Vertrag von Maastricht und das übrige Gemeinschaftsrecht stellen kein Verfahren zur Verfügung, in dem vor der Beschlußfassung durch die Organe des Rates durch eine richterliche oder andere Instanz die Konvergenzregeln authentisch mit Verbindlichkeit für die Organe der Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten interpretiert werden könnten. Die Vertragsverletzungsklage gegen einen die Mitwirkung verweigernden Mitgliedstaat wäre die erste Gelegenheit, über den Europäischen Gerichtshof zu einer Klärung diesbezüglicher streitiger Rechtsfragen zu kommen. In einem solchen Verfahren, in dem alle Mitgliedstaaten ein Beteiligungsrecht hätten, würde zum Schaden des Integrationsgedankens und der Währungsunion alles transparent werden, was sich im Rahmen der Aufstellung der Haushalte der Mitgliedstaaten vollzogen hat. Der Europäische Gerichtshof hätte im Vorfeld ihrer Entstehung die Wirkungsweise der Währungsunion zu beurteilen und würde mit seinen Feststellungen Beurteilungen ersetzen, die nach dem Vertrag von den Mitgliedstaaten einvernehmlich zu treffen sind.

Die mangelnde Bereitschaft zur Befolgung einer mit Mehrheit gegen ihn getroffenen Entscheidung zwingt den belasteten Mitgliedstaat zur Erhebung der Anfechtungs- und Nichtigkeitsklage gemäß Artikel 173 EG-Vertrag. Beruht die mangelnde Vollzugsbereitschaft darauf, daß das nationale Verfassungsrecht des Mitgliedstaats der Entscheidung entgegensteht, droht dem Mitgliedstaat eine Vertragsverletzungsklage, wenn er die Entscheidung nicht gerichtlich anfecht. Ein Mitgliedstaat, der aus verfassungsrechtlichen Gründen eine gegen ihn gerichtete Mehrheitsentscheidung wegen Beeinträchtigung "wesentlicher Interessen" nicht akzeptieren kann, ist gemeinschaftsrechtlich uneingeschränkt verpflichtet, seine Bedenken in den Meinungsbildungsprozeß über die anstehende Entscheidung einzubringen und auf eine Ausgestaltung der Entscheidung hinzuwirken, die seine verfassungsrechtlichen Belange wahrt.

5. Zur Entscheidung des Rates vom 1. Januar 1999

Die Entscheidung, die der Rat - in der Zusammensetzung der Minister - am 1. Januar 1999 gemäß Artikel 109k EG-Vertrag zu treffen hat, ist als Rechtsakt gleichermaßen wie die Entscheidung vom Mai dieses Jahres im Wege der Normenkontrollklage gemäß Artikel 173 EG-Vertrag anfechtbar. Durch die Entscheidung, die auf Vorschlag der Kommission ergeht, werden die Wechselkurse der nationalen Währungen unwiderruflich mit der neuen europäischen Währung verbunden und die nationalen Währungen unter Aufhebung der Devisenmärkte durch die einheitliche Währung ersetzt. Daß es sich bei dieser Entscheidung um einen Rechtsakt handelt, kann nicht zweifelhaft sein. Die Festlegung der Wechselkurse zur neuen Währung bzw. jeweils zu den Währungen der anderen Mitgliedstaaten wird nach Maßgabe eines Verfahrens erfolgen, auf das sich die Mitgliedstaaten im Mai dieses Jahres verständigen wollen. Der Zweck dieses vorgelagerten Schrittes der Meinungsbildung besteht darin, in der Zeit zwischen Mai dieses Jahres und dem Beginn der Währungsunion im kommenden Jahr nach wie vor mögliche und befürchtete spekulative Kapitalbewegungen auszuschließen oder zumindest einzuschränken. Bei nicht "marktgerechter" Bindung der Wechselkurse können Wertgewinne und Wertverluste entstehen, die die Mitgliedstaaten in unterschiedlicher Weise treffen. Der gerichtlichen Überprüfung unterliegen daher alle maßgeblichen Feststellungen und Festlegungen des Rates, die der Entscheidung über die Einführung der einheitlichen Währung zugrunde liegen, gleichgültig, ob sie erst bei den Beratungen der Entscheidung zu Beginn des kommenden Jahres oder bereits im Vorfeld zu einem früheren Zeitpunkt getroffen sind. Das Gemeinschaftsrecht schreibt eine „plausible“, das heißt nachvollziehbare Begründung der Entscheidung vor.

Das prozessuale Risiko, mit dem die Entscheidung über die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurs behaftet ist, darf nicht als gering eingeschätzt werden.

6. Ausmaß der Überprüfung der Entscheidungen durch den Europäischen Gerichtshof

Von der Frage der Klageverfahren und der Klageberechtigung ist die Frage nach dem Ausmaß der Überprüfung, das heißt nach den Überprüfungsmaßstäben zu unterscheiden. Nach dem Vertragswerk von Maastricht handelt es sich bei den beiden fraglichen Rechtsakten zwar um regelgebundene Entscheidungen; die Normen, die zur

Anwendung gelangen, sind jedoch auslegungsfähig; außerdem besteht bezüglich bestimmter Tatbestandsmerkmale ein Beurteilungsermessen des Rates.

Soweit dem Rat bei der Beurteilung ein Ermessensspielraum eingeräumt ist, beschränkt sich die Überprüfung des Gerichtshofs auf den Fehlgebrauch des Ermessens. In dieser Hinsicht kommt es entscheidend darauf an, wie der Rat die Ausübung seines Ermessens begründet; Begründungsmängel rechtfertigen leicht den Schluß auf eine unzulängliche oder fehlerbehaftete Ausübung des Ermessens.

Die Konvergenzregeln sind als solche ungeachtet ihrer Auslegungsfähigkeit und Auslegungsbedürftigkeit Rechtsnormen des vertraglichen Gemeinschaftsrechts, die vom Rat bei der Entscheidung zu beachten sind. Einschränkungen bestehen lediglich in dem Ausmaß, in dem die maßgeblichen Regelungen, das heißt die Vorschriften des Artikel 109j EG-Vertrag und die Regelungen des dem Vertrag beigefügten – maßgeblichen – Protokolls "über die Konvergenzkriterien" ihrerseits Ermessensspielräume aufzeigen. Dabei ist aber das Ausmaß dieser Spielräume seinerseits durch den Gerichtshof überprüfbar.

7. Zum rechtlichen Wirkungsgrad der Konvergenzregeln

Die Konvergenzkriterien sind auslegungsfähig und auslegungsbedürftig. Das gilt zunächst hinsichtlich des Preis-Kriteriums und des Zins-Kriteriums. Bei beiden Kriterien ist fraglich, worauf sich der sogenannte Preis-Abstand bzw. der Zins-Abstand bezieht. Dem Ziel der Währungsstabilität wird als Auslegung nur gerecht, daß sich der Abstand von nicht mehr als $1\frac{1}{2}$ %-Punkten auf die durchschnittliche Inflationsrate der drei währungsstabileren Länder und der Zinsabstand von 2 %-Punkten auf den durchschnittlichen Zins der drei "besten Ergebnisträger" bezieht. Die Inflationsrate und der Kapitalmarktzins des drittbesten Mitgliedstaats würde als Bezugspunkt eine beträchtliche Aufweichung der währungspolitischen Stringenz der Haushaltsregelungen bedeuten.

Der Auslegung bedarf auch das Kriterium, daß die "normalen Bandbreiten" des Wechselkursmechanismus einzuhalten sind. Im Zeitpunkt der Verabschiedung des Maastrichter Regelungswerkes betragen die "normalen Bandbreiten" des Europäischen Währungssystems $\pm 2,25$ %-Punkte; inzwischen sind sie auf ± 15 %-Punkte erweitert. Die rein rechtliche Interpretation führt zu dem Ergebnis, daß nicht die derzeit gültigen, sondern die damaligen Bandbreiten entscheidend sind. Unerläßliche Voraussetzung und ohne eine Vertragsänderung kaum abänderbar ist, daß der betreffende Mitgliedstaat dem Europäischen Währungssystem überhaupt angehört. Bekanntlich kann ein bestimmter Mitgliedstaat, der aus dem Währungssystem ausgeschieden ist, die erforderliche Mindestdauer von 2 Jahren bis zum Jahr 1998 nicht mehr erreichen.

Das Haushaltskriterium wird im Vertrag von Maastricht dahin umschrieben, daß im Zeitpunkt der Überprüfung eines Mitgliedstaates keine Entscheidung des Rates vorliegt, die ein übermäßiges Haushaltsdefizit festgestellt hat. Das Haushalts-Kriterium besteht nach dem Vertrag von Maastricht – entgegen einer weitverbreiteten Auffassung – keineswegs darin, daß die jährliche Haushaltsverschuldung nicht höher als 3 % des Bruttoinlandsproduktes und die öffentliche Gesamtverschuldung nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Rechtlich umschrieben ist das Haushalts-Kriterium in der Weise, daß die defizitäre Haushaltslage eines Mitgliedstaates durch keine

Entscheidung des Rates festgestellt worden ist. Sofern eine solche Entscheidung des Rates, die dieser auf Empfehlung der Kommission mit qualifizierter Mehrheit trifft, nicht ergangen ist, ist das Haushalts-Kriterium erfüllt. Die üblicherweise als Haushalts-Kriterium eingeschätzten Höchstwerte von 3 % für die jährliche Verschuldung und 60 % für die Gesamtverschuldung haben nur die Funktion von sogenannten "Referenzwerten", die im Rahmen des haushaltsrechtlichen Prüfverfahrens für den Erlaß einer Entscheidung maßgeblich sind. Kommission und Rat haben die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten anhand der Referenzwerte zu überprüfen; gegebenenfalls haben sie die Feststellung eines übermäßigen Defizits zu treffen. Kommt es jedoch zu keiner Entscheidung, daß in einem Mitgliedstaat ein übermäßiges Defizit besteht, ist die mangelnde Einhaltung der Verschuldungsgrenzen durch den Mitgliedstaat rechtlich unerheblich.

Eine einklagbare Verpflichtung des Rates, bei einer Mißachtung der beiden Referenzwerte gegenüber dem Mitgliedstaat tätig zu werden, kann dem Vertrag von Maastricht nur schwer entnommen werden. Der Vertragsgeber hat das Ermessen des Rates zwar gebunden, aber ersichtlich nicht die pflichtwidrige Ausübung des Ermessens durch eine einschränkende Rechtsnorm der Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof überantworten wollen.

Die Konvergenzkriterien sind nach allem rechtlich nicht in der Weise ausgestaltet, daß sie als ein "System von Normativ-Bestimmungen" die Beitrittsfähigkeit der Mitgliedstaaten zur Währungsunion durch jeden Rechtsanwender nachprüfbar festlegen. Es bestehen offene Beurteilungsspielräume, die durchaus neben Stabilitätserwägungen auch anderen Einflüssen auf die konstitutiven Entscheidungen des Rates Raum geben.

Das Verfahren, das der Vertrag von Maastricht für den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion vorschreibt, ist als zwingendes Recht ebenfalls durch den Gerichtshof überprüfbar.

Die Beschlußfassung über den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, in das mehrere "Beschlußträger", nämlich die Kommission, das Europäische Währungsinstitut und letztlich der Rat - in der Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs - eingeschaltet sind. Als „erster Instanz“ fällt der Kommission und dem Europäischen Währungsinstitut, innerhalb derer Beschlußfassungen mit Mehrheit erfolgen, als Aufgabe zu, für den Rat jeweils Berichte darüber zu erstellen, inwieweit die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ihren Verpflichtungen nachgekommen, das innerstaatliche Recht, insbesondere das Zentralbankrecht an den gemeinschaftsrechtlichen Auflagen des Artikel 107 EG-Vertrag ausgerichtet und einen hohen Grad an dauerhafter Konvergenz der Wirtschaftspolitik erreicht haben. Für die Beurteilung der dauerhaften Konvergenz sind dabei als Maßstab die vier aufgezeigten Konvergenzkriterien vorgeschrieben, die jedoch in verschiedener Hinsicht, wie aufgezeigt, insbesondere infolge der Art der Umschreibung der "tragbaren Finanzlage" Auslegungsspielräume eröffnen. Die Berichte der Kommission und des Europäischen Währungsinstituts, die das weitere Verfahren maßgeblich bestimmen, können folglich Feststellungen enthalten, denen keine ausschließlich an der Sicherung der Währungsstabilität orientierte Beurteilung der Voraussetzungen für den Eintritt einzelner Mitgliedstaaten in die Währungsunion zugrunde liegt. Gleiches gilt für Meinungsbildung innerhalb des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister, der im Anschluß an

die Berichterstattung durch die Kommission und das Europäische Währungsinstitut in das Verfahren eingeschaltet ist. Die entscheidende Feststellung, ob die einzelnen Mitgliedstaaten die Voraussetzungen für die Einführung einer einheitlichen Währung erfüllen, obliegt allein dem Rat. Die Empfehlung, die der Wirtschafts- und Finanzminister-Rat zuvor zu treffen hat, bildet nach dem Wortlaut des Artikel 109j Absatz 3 EG-Vertrag die "Grundlage" für die Beurteilung der Beitrittsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Der Rat ist aber an die Empfehlung nicht gebunden; er kann durchaus eine von ihr abweichende Beurteilung der Beitrittsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten vornehmen. Die Annahme, daß die Staats- und Regierungschefs als verantwortlich entscheidendes Organ der Gemeinschaft an eine Empfehlung der Wirtschafts- und Finanzminister gebunden sind, ist gemeinschaftsrechtlich nicht haltbar; sie wäre mit der Stellung der Staats- und Regierungschefs nicht vereinbar. Die Berichte der Kommission und des Europäischen Währungsinstituts braucht der Rat nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Artikel 109j Absatz 3 EG-Vertrag nur "gebührend zu berücksichtigen".

Als "Grundlage" seiner Beurteilung unterliegen aber die Berichte der Kommission und des Europäischen Währungsinstituts sowie die vorgeschriebene - auf eine bestimmte Beschlußfassung des Rates abzielende - Empfehlung der Kommission mittelbar der gerichtlichen Überprüfung. Obgleich die Empfehlung der Kommission den Rat nicht bindet, dürfte sie für die Beschlußfassung im Rat (der Minister), der seine mit qualifizierter Mehrheit getroffenen - "Feststellungen" seinerseits den Staats- und Regierungschefs als "Empfehlung" für die Schluß-Entscheidung unterbreitet, von konstitutiver Bedeutung sein.

Das Europäische Parlament hat kein echtes Mitwirkungs-, sondern lediglich ein Anhörungsrecht; seine Stellungnahme, die nicht unter Ausschluß der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten erstellt wird, dürfte ebenfalls Einfluß auf den Meinungsbildungsprozeß der Staats- und Regierungschefs haben.

Die Staats- und Regierungschefs, denen letztverantwortlich die Bewertung der Beitrittsfähigkeit der Mitgliedstaaten obliegt, beschließen mit ihrer Entscheidung den Übergang der Währungssouveränität, das heißt der Zuständigkeit für die Geld-, Kredit- und Währungspolitik von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Gemeinschaft. Indem sie die Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit treffen, können einzelne Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Beurteilung der eigenen als auch der Beitrittsfähigkeit anderer Mitgliedstaaten überstimmt werden; so daß die Währungssouveränität gegen ihren Willen auf die Europäische Gemeinschaft übergehen kann. Lediglich ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs kann einen Mitgliedstaat, der gegen seinen Willen zum Eintritt in die Währungsunion und damit zur Aufgabe seiner Währungssouveränität gezwungen wird, mit Verbindlichkeit für die gesamte Gemeinschaft aus der gemeinschaftsrechtlichen Bindung der Entscheidung entlassen.

Zugunsten des Vereinigten Königreiches und Dänemarks besteht gemeinschaftsrechtlich aufgrund entsprechender Protokolle, das heißt vertragsrechtlicher Regelungen die Besonderheit, daß für sie die Verbindlichkeit der Entscheidung nur eintritt, wenn sie zuvor die Bereitschaft zur Teilnahme an der Endstufe der Währungsunion noch einmal erklärt haben. Für die Bundesrepublik Deutschland gilt die gleiche Regelung nicht, obwohl sich der Deutsche Bundestag anläßlich der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht in einer Entschließung die Bewertung der Anwendung der "eng und strikt" auszulegenden Stabilitätskriterien vorbehalten und die

Bundesregierung in ihrem Stimmverhalten an seine Zustimmung gebunden hat. Der Vorbehalt des Deutschen Bundestages und der gleichlautende Vorbehalt des Bundesrates haben lediglich interne Wirkung; die beiden Vorbehalte würden einer Entscheidung des Rats, die gegen das intern gebundene Stimmverhalten Deutschlands erginge, nicht die rechtliche Verbindlichkeit nehmen. Als durchschlagender gemeinschaftsrechtlicher Vorbehalt im Sinne einer freien Entscheidung über den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion hätte der Vorbehalt als Modifizierung des Maastrichter Vertragswerks nachträglich neu ausgehandelt und in allen Mitgliedstaaten als Vertragsergänzung ratifiziert werden müssen.

Die relativ stark ausgeprägte Bindung des Rates an die Verfahrensregelungen und die Konvergenzkriterien - von der gemeinschaftsrechtlich ausgegangen werden kann - schließt eine die Währungsstabilität gefährdende Schluß-Entscheidung des Rates nicht aus. Die „mangelnde“ Berücksichtigung der Konvergenz-Regeln kann aber im Rahmen einer Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof, um dies noch einmal hervorzuheben, als "Rechtsverstoß" nur insoweit geltend gemacht werden, wie diese als eindeutig auszulegende Normen den Rat binden. Der Europäische Gerichtshof wird vor allem auch das Interpretationsermessen, das die Regelungen des Vertrages von Maastricht den an dem Eintrittsverfahren beteiligten Organen einräumen, letztlich nur daraufhin überprüfen, ob seine Ausübung durch sachfremde Erwägungen bestimmt war. Zu einer Aufhebung der Entscheidung des Rats über den Eintritt der Endstufe der Währungsunion durch den Europäischen Gerichtshof wird es, wie Kenner seiner Rechtsprechung und seines Organverständnisses voraussagen, allenfalls bei groben Rechtsverstößen und einem evidenten Fehlgebrauch des Ermessens kommen.

8. Überprüfung der Währungs-Entscheidungen des Rats durch das Bundesverfassungsgericht

Bei der Erörterung der prozessualen Risiken, die mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts gegen die Entscheidungen über den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion verbunden sind, muß eine grundlegende Unterscheidung getroffen werden. Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wird diskutiert und ist bereits mit dem Ziel erfolgt, die Bundesregierung bei den maßgeblichen Beschlüssen vom Mai dieses Jahres und Januar kommenden Jahres in ihrem Stimmverhalten zu binden, und zwar in einer Weise, daß durch die Beschlüsse des Rates die Währungsstabilität nicht gefährdet ist, notfalls die Währungsunion aufgeschoben oder sogar aufgehoben wird. Diese Klageverfahren berühren, wer sie auch immer nach deutschem Verfassungsgerichtsverfahrensrecht zulässigerweise einleiten und betreiben kann - und wie sie auch ausgehen mögen -, das Gemeinschaftsrecht im Prinzip nicht. Das Gemeinschaftsrecht schreibt den Mitgliedstaaten entgegen einer früher vereinzelt vertretenen Auffassung nicht verbindlich vor, daß sich die mitgliedstaatsinterne Meinungsbildung über das Stimmverhalten ihrer Vertreter im Rat und in seinen Ausschüssen nach Maßgabe eines bestimmten Verfahrens, insbesondere sich ausschließlich innerhalb der Regierungen unter Ausschluß der Mitwirkung anderer Verfassungsorgane zu vollziehen hat. Die Bindung der Bundesregierung in ihrem Stimmverhalten im Rat durch ein Mitwirkungs- und Weisungsrecht des Bundestages und des Bundesrates stellt als internes Verfassungsrecht keine Mißachtung einer Norm des Gemeinschaftsrechts dar;

gleichermaßen berührt die Bindung des Stimmverhaltens der Bundesregierung an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts als eine interne Regelung das Gemeinschaftsrecht grundsätzlich nicht.

Von der Neutralität des Gemeinschaftsrechts gegenüber internen verfassungsrechtlichen Regelungen über die Meinungsbildung zu unterscheiden, ist jedoch die Fallgestaltung, daß "Weisungen" eines mitwirkenden Verfassungsorgans, etwa des Bundestages oder des Bundesrates aufgrund der mit der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages verabschiedeten Entschlüssen bzw. eine Anordnung des Bundesverfassungsgerichts die Bundesregierung zu einem Stimmverhalten verpflichtet, dessen Ausübung eine Verletzung gemeinschaftsrechtlicher Verpflichtungen bedeuten würde. Die interne Mitgestaltungsbefugnis weiterer Verfassungsorgane wird durch die gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik gleichermaßen wie die Meinungsbildungsfreiheit der Bundesregierung eingeschränkt.

In diesem Zusammenhang ist aber bei internen, auf die Meinungsbildung der Bundesregierung abzielenden Verfassungsstreitigkeiten von Bedeutung, daß nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 das Gemeinschaftsrecht aus Gründen der deutschen Verfassung bei bestimmten Fallkonstellationen keine oder nur eingeschränkte Geltung beanspruchen kann. Absolut gemeinschaftsrechtlich neutral und irrelevant sind demnach Anordnungen des Bundesverfassungsgerichts, die das Stimmverhalten der Bundesregierung binden, nicht. Die Bundesregierung gerät gegebenenfalls in die Situation eines Konfliktes zwischen der Verpflichtung zur Befolgung des Gemeinschaftsrechts und der verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Befolgung eines Urteilspruchs des Bundesverfassungsgerichts.

Das Ausmaß der "Entbindung" der Bundesrepublik von dem Geltungsanspruch des europäischen Gemeinschaftsrechts ergibt sich von Fall zu Fall jeweils aus Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die im nachhinein ergehen. Die Kontrollhoheit des Bundesverfassungsgerichts erfaßt hauptsächlich den Geltungsanspruch von Entscheidungen und Rechtsetzungsakten der Gemeinschaft; die "Entbindung" der Bundesrepublik vom Gemeinschaftsrecht äußert sich dabei in der Weise, daß einem Rechtsakt der Gemeinschaft aufgrund einer nachträglichen Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht der Geltungsanspruch in der Bundesrepublik versagt wird.

Das maßgebliche Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 eröffnet mit der Zulässigkeit der Überprüfung von Hoheitsakten der Gemeinschaft im Fall der Währungsunion die Möglichkeit, die Entscheidung vom kommenden Mai über die Auswahl der Mitgliedstaaten der Währungsunion und die Entscheidung vom 1. Januar 1999 über die Substituierung der nationalen Währungen durch die neue Einheitswährung unter einer unwiderruflichen Festlegung der Wechselkursrelationen der nationalen Währungen zum Euro und damit der Aufhebung der internen Devisenmärkte das Bundesverfassungsgericht nach Maßgabe aller nach dem Verfassungsgerichtsverfahrensrecht zulässigen Verfahren, also insbesondere auch der im Wege einer sog. Verfassungsbeschwerde, anzurufen.

Das Bundesverfassungsgericht hat in dem Urteil vom 12. Oktober 1993 das Ausmaß der Geltung des Gemeinschaftsrechts und der Rechtsakte der Gemeinschaft völlig neu bestimmt. Dabei hat es zugleich Aussagen zur Währungsunion gemacht, die auf eine Einschränkung der Währungshoheit der Europäischen Gemeinschaft in Deutschland hinauslaufen können.

Nach der Doktrin, die der Europäische Gerichtshof und die Europarechtswissenschaft entwickelt haben, hat das Recht der Europäischen Gemeinschaft uneingeschränkten Vorrang vor dem mitgliedstaatlichen Recht. Das Bundesverfassungsgericht hatte diesen Vorrang des Gemeinschaftsrechts bislang mit seiner sog. Solange-Rechtsprechung lediglich für die Fallgestaltung eingeschränkt, daß die Rechtsordnung der Gemeinschaft zu Eingriffen in die Rechts- und Interessenssphäre Privater führt, die nach dem deutschen Grundrechtsverständnis nicht zulässig sind. Die frühere Rechtsprechung stellte einen auf die Sicherung der Grundrechte begrenzten Vorbehalt dar; das Bundesverfassungsgericht hatte dabei anerkannt, daß der Vorrang des Gemeinschaftsrechts zugleich den Vorrang der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs vor Gerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten, einschließlich seiner eigenen Gerichtsbarkeit bedeutet.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 weitet den aufgrund der sog. Solange-Rechtsprechung bestehenden "nationalen" Vorbehalt aus; das Bundesverfassungsgericht nimmt nunmehr zusätzlich die Befugnis für sich in Anspruch, sogenanntes "kompetenzüberschreitendes" Gemeinschaftsrecht, ersichtlich einschließlich der die Kompetenzen der Gemeinschaft "überschreitenden" Urteile des Europäischen Gerichtshofs seinerseits zu überprüfen. Danach kann vor dem Bundesverfassungsgericht geltend gemacht werden, daß die Ausübung einer Gestaltungs- oder Regelungshoheit der Gemeinschaft - gegebenenfalls ungeachtet der Interpretation durch den Europäischen Gerichtshof - die Kompetenz der Gemeinschaft überschreitet. Bei der Überschreitung einer Kompetenz, sei es des Artikel 235 EG-Vertrag, sei es des Artikel 109j EG-Vertrag, sind die Staatsorgane der Bundesrepublik von der Verpflichtung zur Anwendung des Gemeinschaftsrechts entbunden.

Die Neuordnung des Verhältnisses des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen Gerichtshof bedeutet, daß über die Inanspruchnahme der Regelungskompetenzen des Vertrages von Maastricht ungeachtet der Beurteilung durch den Europäischen Gerichtshof das Bundesverfassungsgericht, wenn auch nur für Deutschland, verbindlich entscheidet.

Das Bundesverfassungsgericht qualifiziert die Währungsunion als eine Stabilitätsgemeinschaft. Abweichend von dem Wortlaut des Artikel 109j Absatz 2 EG-Vertrag, der für die Beschlußfassung über die Auswahl der Mitgliedstaaten die qualifizierte Mehrheit vorsieht, scheint das Bundesverfassungsgericht von dem Erfordernis der Einstimmigkeit auszugehen. Das Bundesverfassungsgericht nimmt darüber hinaus für den Fall, daß die Währungsunion die Stabilität der Währung nicht gewährleistet, für die Bundesrepublik Deutschland - aus Gründen des deutschen Verfassungsrechts - ein Recht auf Austritt in Anspruch. Hinter diesen Erwägungen verbergen sich Zweifel, ob die Konvergenzkriterien und das Eintrittsverfahren die Währungsstabilität tatsächlich optimal garantieren.

Die für die Auswahl-Entscheidung vorgesehene Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit läßt sich nicht in eine einstimmige Beschlußfassung umdeuten. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes kann daraus, daß das Protokoll über die Konvergenzkriterien nur einstimmig geändert werden kann, auf das Erfordernis des Konsenses bei der Beschlußfassung über die Auswahl der Mitglieder der Währungsunion geschlossen werden. Dieser Schluß steht indes im Widerspruch zu dem eindeutigen Wortlaut des Artikel 109j Absatz 3 EG-Vertrag, außerdem zu der "ratio"

der ausdrücklich vereinbarten Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit; die Möglichkeit des Vetos einzelner Mitgliedstaaten sollte durch die qualifizierte Mehrheit gerade ausgeschlossen werden. Dagegen erschien es dem Maastrichter Vertragsgeber sinnvoll, die weitere normative Ausgestaltung der Konvergenzkriterien - im Gegensatz zu ihrer Anwendung und damit Interpretation - der einstimmigen Beschlußfassung vorzubehalten.

Es bleibt allein das Argument des Bundesverfassungsgerichts, daß sich aus der Regelung des Artikel 109I Absatz 4 EG-Vertrag eine ausreichende Absicherung der Mitgliedstaaten gegen den Eintritt in eine - nicht ausreichend der Währungsstabilität verpflichtete - Währungsunion ergibt. Nach dieser Regelung ist die unwiderrufliche Festlegung der Umrechnungskurse der Währungen der Mitgliedstaaten zur neuen Einheitswährung der einstimmigen Beschlußfassung des Rates vorbehalten. Dieser Beschluß ist indes eine Folge-Entscheidung in dem Sinn, daß die Mitgliedstaaten an ihr pflichtgemäß mitzuwirken haben. Die hier geltende Einstimmigkeit soll gegen Wertverluste bei der Festsetzung der Umrechnungskurse sichern. Ein Mitgliedstaat würde wahrscheinlich gegen den Grundsatz den "venire contra factum proprium" verstoßen, wenn er seine Zustimmung zur Festlegung der Wechselkurse aus Gründen seiner mangelnden Bereitschaft zur Teilnahme an der Währungsunion als solcher versagen würde. An die Auswahl-Entscheidung, die ohne seine Zustimmung ergangen ist, bleibt er bis zu deren Aufhebung durch den Europäischen Gerichtshof gemeinschaftsrechtlich gebunden. Die einseitige Lösung aus dem Rechtsverbund der Entscheidung, die verschiedenerseits unter der Berufung auf dem "Wegfall der Geschäftsgrundlage" (genauer: der Regelungsgrundlage) für den Fall einer Mißachtung der Konvergenzkriterien als rechtlich zulässig angesehen wird, wäre gemeinschaftsrechtlich ein Vertragsverstoß.

Indem das Bundesverfassungsgericht das für die Auswahl-Entscheidung geltende Verfahren im Hinblick auf die einstimmig zu treffende Folge-Entscheidung vom 1. Januar 1999 in seiner Bedeutung zu reduzieren versucht, läßt es Zweifel erkennen, ob die definitive Überantwortung der Währungshoheit auf die Europäische Gemeinschaft ungeachtet der in Maastricht getroffenen Regelung nicht doch eine uneingeschränkt freie Entscheidung und Zustimmung der Bundesrepublik von Verfassung wegen voraussetzt. Dem Bundesverfassungsgericht war bewußt, daß die Bundesregierung den Maastrichter Vertrag nicht nachverhandeln und sich aufgrund einer entsprechenden Auflage des Bundesverfassungsgerichts ein freies Entscheidungsrecht im Sinne eines "opting out" nachträglich zusichern lassen konnte. Die besondere Betonung des Erfordernisses der Einstimmigkeit bei der zweiten Entscheidung des Rates über den Eintritt in die Endstufe der Währungsunion schien dem Bundesverfassungsgericht angesichts der Überprüfbarkeit auch dieser Entscheidung eine nachträgliche Absicherung der Belange der deutschen Verfassung in Form einer nachzuverhandelnden völkerrechtlichen bzw. gemeinschaftsrechtlichen "opting in"-Klausel nach britischem und dänischem Vorbild entbehrlich zu machen.

9. Überprüfung der Entscheidungen vom Mai 1998 und Januar 1999 durch das Bundesverfassungsgericht

Aus den vorstehenden Ausführungen folgt, daß die beiden Entscheidungen des Rates über den Eintritt in die Währungsunion nach Maßgabe des deutschen Verfahrensrechts vor dem Bundesverfassungsgericht wie deutsche Hoheitsrechtsakte angefochten werden können.

Die beiden Entscheidungen sind daher mit prozessualen Risiken einmal insofern behaftet, als das Bundesverfassungsgericht mit Organklagen, insbesondere einzelner Länder befaßt werden kann. Für die politische Diskussion von größerer Bedeutung sind jedoch etwaige Verfassungsbeschwerden Privater, wie sie auch das der Entscheidung vom 12. Oktober 1993 zugrundeliegende Verfahren ausgelöst haben.

Verfassungsbeschwerden Privater sind an die Voraussetzung gebunden, daß die angefochtenen "Hoheitsakte" in beschwerdefähige Grundrechte der Betroffenen eingreifen. Die diesbezügliche öffentliche und wissenschaftliche Diskussion konzentriert sich daher auf die Frage, ob mit den anstehenden Entscheidungen beschwerdefähige Grundrechtsverletzungen verbunden sein könnten.

In jüngster Zeit wird im Schrifttum vermehrt die Auffassung vertreten, daß es kein "Grundrecht auf Währungsstabilität" gäbe und daher Verfassungsbeschwerden gegen die Substituierung der deutschen Währungshoheit durch die Währungshoheit der Europäischen Gemeinschaft als unzulässig bzw. als unbegründet zurückzuweisen seien.

Es finden sich aber auch Hinweise darauf, daß die verfassungsrechtliche Lage differenzierter sei; rein formal lasse sich dem Grundrechtskatalog ein "Grundrecht auf Währungsstabilität" zwar nicht entnehmen; vor allem gelange das Grundrecht auf Schutz des Eigentums nicht zum Tragen, wenn sich die Geldentwertung allgemein als Folge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ergäbe. Dagegen könne aber das Grundrecht auf Schutz des Eigentums sehr wohl geltend gemacht werden, wenn bestimmbare Gruppen der Bevölkerung durch spezifische Staatshoheitsakte in ihrem Geldvermögen beeinträchtigt würden.

Ein anderer Ansatz, das Beschwerderecht vor dem Bundesverfassungsgericht zu begründen, knüpft an das vom Bundesverfassungsgericht in dem Urteil vom 12. Oktober 1993 für beschwerdefähig erklärte „Beteiligungsrecht“ des deutschen Staatsbürgers an der Staatsgewalt (Artikel 38 GG) an. Dieses "Beteiligungsrecht" äußere sich im Bereich der Währung - als einer staatlichen Veranstaltung - dahin, daß die Staatsbürger durch die Möglichkeit der Abwahl einer Regierungskoalition die Unabhängigkeit der Bundesbank vor politischer Einflußnahme durch die Regierung oder das Parlament sichern könnten. Die Geschichte der deutschen Währungspolitik der letzten vierzig Jahre habe unter Beweis gestellt, daß in der Bundesrepublik ein von allen Bereichen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens getragener gesellschaftspolitischer Grundkonsens die Unabhängigkeit der Bundesbank sichere und die Währungspolitik vor "sachfremden" Einflüssen schütze. Auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft sei ein entsprechendes "Beteiligungsrecht der Unionsbürger", das mittelbar die Währungsstabilität sichere, dagegen nicht nachweisbar. Eine Abwahl des Europäischen Rates bzw. des Rates als "Gouvernement économique" für den Fall, daß von dieser Seite die Währungspolitik der Europäischen Zentralbank "mitgestaltet" werde, sei nicht gleichermaßen möglich. Mit dem Übergang zur Wirtschafts- und Währungsunion werde

daher der deutsche – beschwerdefähige - Grundrechtsstandard, zu dem nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts das Beteiligungsrecht der deutschen Staatsbürger an der deutschen Staatsgewalt gemäß Artikel 38 GG zähle, beeinträchtigt.

Welchen Ausgang gegebenenfalls Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und die bereits vor dem Bundesverfassungsgericht eingeleiteten Verfahren nehmen, bleibt abzuwarten. In jedem Fall dürfte die Durchführung der Verfahren die öffentliche Meinungsbildung über das Für und Wider des Eintritts in die Währungsunion bzw. die Zweckmäßigkeit einer sog. geregelten Verschiebung des Termins über den Eintritt in die Währungsunion beeinflussen.

Diskussionsbeiträge zur Wirtschaftspolitik - Discussion Papers in Economic Policy Research

Universität der Bundeswehr Hamburg

- Nr. 1 Biskup, Reinhold: Die weltwirtschaftliche Integration der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (1987)
- Nr. 2 Ghaussy, A. Ghanie: Islamische Wirtschaftsordnung: Ein eigenständiger Entwicklungsansatz aus der Dritten Welt? (1987)
- Nr. 3 Hasse, Rolf H.: Costs and Benefits of Financial Integration in Europe (1987)
- Nr. 4 Schiemann, Jürgen: Optimal European Monetary Union and the Need of International Reserves (1987)
- Nr. 5 Rösner, Hans Jürgen: New Technologies - Challenge for Collective Bargaining and Social Security (1987)
- Nr. 6 Müller, Frank G.; Zimmermann, Klaus: Institutional Structure and the Growth of Public Expenditures (1987)
- Nr. 7 Rösner, Hans Jürgen: Rules versus Institutions - Tripartite Concertation in Germany (1988)
- Nr. 8 Fritz-Aßmus, Dieter: Wirtschaftliche Entwicklung in einer Randregion: der kanadische Norden (1989)
- Nr. 9 Ghaussy, A. Ghanie: The Impact of the EC Southward-Enlargement on the Islamic Countries of the Mediterranean Basin (1990)
- Nr. 10 Tippelt, Horst; Zimmermann, Klaus: Zwischen Zweck- und Wertorientierung. Unternehmensethik in systemischer Perspektive (1990)
- Nr. 11 Hasse, Rolf H.: Rückwirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion der EG auf die Reformen der Volkswirtschaften Osteuropas (1990)
- Nr. 12 Hasse Rolf H.: Reforms in the EC and Transition of Economic and Political Orders in Eastern Europe: Mutual Repercussions (1991)
- Nr. 13 Tuchtfeldt, Egon: Friedliche Beilegung von Tarifkonflikten? (1991)
- Nr. 14 Schiemann, Jürgen: Das Europäische Währungssystem (EWS) im Zielkonflikt zwischen Stabilität und Konvergenz (1991)
- Nr. 15 Zimmermann, Klaus: Ökologie und Ökonomie in der Transformation: Umweltpolitische Perspektiven für die Neuen Länder (1991)
- Nr. 16 Tuchtfeldt, Egon; Fritz-Aßmus, Dieter: Über den Marktaustritt: Gründe und Hemmungen (1992)
- Nr. 17 Tuchtfeldt, Egon: Das Sozialbudget der BRD und sein Erkenntniswert (1992)
- Nr. 18 Hasse, Rolf H.: Geld und Währung in Europa unter veränderten Rahmenbedingungen: Von der Vision zur Realisierung (1992)
- Nr. 19 Ghaussy, A. Ghanie: Zur Gesundheitspolitik in den USA (1992)
- Nr. 20 Hasse, Rolf H.: Budget Policies for a European Monetary Union: No laissez-faire but what kind of rules? (1992)
- Nr. 21 Hasse, Rolf H.: Maastricht in der Krise, Ein Vorschlag zu mehr Glaubwürdigkeit (1993)
- Nr. 22 Zimmermann, Klaus: Aspekte einer Umweltunion in Deutschland (1993)
- Nr. 23 Straubhaar, Thomas: Zur optimalen Größe eines integrierten Wirtschaftsraumes. Das Konzept des funktionalen Föderalismus (1993)
- Nr. 24 Straubhaar, Thomas; Wyss, Markus: Ökologisch bedingte Standortarbitrage am Beispiel schweizerischer Direktinvestitionen (1993)
- Nr. 25 Straubhaar, Thomas: Leitbilder der Sozialpolitik (1993)
- Nr. 26 Ghaussy, A. Ghanie: Westliche Ordnungsmodelle aus islamischer Sicht (1993)
- Nr. 27 Tuchtfeldt, Egon: Die deutsche Wiedervereinigung - einige kritische Anmerkungen (1993)
- Nr. 28 Schiemann, Jürgen; Alshuth, Stefan: Der Grad der Zentralbankautonomie und sein Einfluß im gesamtwirtschaftlichen Prozeß. Eine international vergleichende Rangkorrelationsanalyse (1993)
- Nr. 29 Schiemann, Jürgen: Erfolgsbedingungen für eine Kern-Wechselkursunion in Europa im Lichte der Krise des Europäischen Währungssystems im Herbst 1992. Ein Vorschlag zur Reform des EWS (1993)
- Nr. 30 Schiemann, Jürgen: Eine autonome Zentralbank für Europa? Stabilitätspolitische Bedingungen und Risiken des Maastrichter Vertrages (1993)
- Nr. 31 Schieber, Helmut: Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank in einer veränderten finanzwirtschaftlichen und währungspolitischen Umgebung (1993)
- Nr. 32 Hasse, Rolf H.: Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages: Können sie Glaubwürdigkeit erzeugen? (1993)
- Nr. 33 Straubhaar, Thomas: Druck und/oder Sog: Migration aus ökonomischer Sicht (1993)
- Nr. 34 Ungerer, Horst: Die Krise des Europäischen Währungssystems im Herbst 1992. Ursachen - Lehren - Konsequenzen (1993)
- Nr. 35 Wolf, Susanna: Was bedeutet ein Scheitern der Uruguay-Runde für die Entwicklungsländer? (1993)
- Nr. 36 Tuchtfeldt, Egon: Natürliche Bestimmungsfaktoren von Wirtschaftssystemen (1993)
- Nr. 37 Fischer, Peter A.; Straubhaar, Thomas: Personenfreizügigkeit und ökonomische Integration: Der Nordische Arbeitsmarkt als Vorbild für Europa? (1993)
- Nr. 38 Ghaussy, A. Ghanie; Frontzkowski, Katja: Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), Entstehung, Probleme und Perspektiven (1993)
- Nr. 39 Fritz-Aßmus, Dieter; Zimmermann, Klaus: Verteidigungsausgaben und Allianzenverhalten. Die Nachfrage nach äußerer Sicherheit in der BRD (1993)

- Nr. 40 Schiemann, Jürgen: Central Bank Autonomy, Reputation and Economic Performance (1994)
- Nr. 41 Straubhaar, Thomas: Neuere Entwicklungen in der Migrationstheorie (1994)
- Nr. 42 Tuchtfeldt, Egon: Schrumpfungsbranchen - makro-, meso und mikroökonomische Aspekte (1994)
- Nr. 43 Finus, Michael; Fischer, Peter A.: Strategic Trade Policy and Environment: Divergent Interests of Industry, Consumers and Environmentalists? (1994)
- Nr. 44 Tuchtfeldt, Egon: Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Konzept (1994)
- Nr. 45 Frank, Werner: Das Modell Soziale Marktwirtschaft. Praktische Erfahrungen bei der Transformation von Wirtschaftsordnungen in den Reformstaaten (1994)
- Nr. 46 Hoshino, Kaoru: Die Geldmengenpolitik vor den Herausforderungen der Finanzinnovationen und der Europäischen Währungsintegration (1994)
- Nr. 47 Grosche, Günter: Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion. Vorbereitungsstand und Realisierungschancen (1995)
- Nr. 48 Ghaussy, A. Ghanie: Islam und Soziale Marktwirtschaft (1995)
- Nr. 49 Fischer, Peter A.; Martin, Reiner; Straubhaar, Thomas: Should I Stay or Should I Go? (Micro) Economic contributions towards an interdisciplinary theory of South-North migration and migration dynamics (1995)
- Nr. 50 Fritz-Aßmus, Dieter: Karl Knies und sein "historischer" Beitrag zur finanzwissenschaftlichen Militärökonomik (1995)
- Nr. 51 Hasse, Rolf H.: Europäische Währungsunion im Spannungsfeld zwischen politischem Wunsch und ökonomischer Realität (1995)
- Nr. 52 Jahn, Andreas; Straubhaar, Thomas: On the Political Economy of Illegal Immigration (1995)
- Nr. 53 Jahn, Andreas: Rechtsunsicherheit als Zeitinkonsistenzproblem (1995)
- Nr. 54 Hasse, Rolf H.: Wirtschaftliche Sanktionen als Mittel der Friedenssicherung - Aspekte des Irak-Embargos (1995)
- Nr. 55 Fritz-Aßmus, Dieter: Barriers to Exit: Das Beispiel der deutschen Rüstungsgüterindustrie (1995)
- Nr. 56 Hasse, Rolf H.: Ist die Osterweiterung der EU mit dem Maastricht-Prozess vereinbar? (1995)
- Nr. 57 Fischer, Peter A.; Martin, Reiner; Straubhaar, Thomas: Development and Migration or Migration and Development? Macroeconomic contributions towards an interdisciplinary theory of South-North migration (1995)
- Nr. 58 Schleicher, Michael; Straubhaar, Thomas (Hrsg.): Verteidigungsökonomie (1995)
- Nr. 59 Hasse, Rolf H.: Globalisierung versus Protektionismus (1995)
- Nr. 60 Wolter, Achim: Entstehung und Wachstum multinationaler Unternehmen. Elemente einer dynamischen Theorie der Multinationalen Unternehmung (1996)
- Nr. 61 Hasse, Rolf H.: Maastricht: Die Haushaltsdisziplin als Prüfstein der währungspolitischen Integration (1996)
- Nr. 62 Nölling, Philip: Großbritannien - Ein selbstgefälliges Eiland? Das britische Opting-Out aus ökonomischer Sicht (1996)
- Nr. 63 Fischer, Peter A.; Straubhaar, Thomas: Using economics to design policy: What kind of EU-migration policy do we need? (1996)
- Nr. 64 Wolter, Achim: Multinationale Unternehmen als Kanal der Wanderung Höherqualifizierter. Ein Erklärungsrahmen für den Anstieg der Wanderung Höherqualifizierter in der EG (1996)
- Nr. 65 Hasse, Rolf H.: Soziale Marktwirtschaft oder soziale Wirtschaft? Durch die Krise zur Renaissance einer Wirtschaftsordnung (1996)
- Nr. 66 Wolburg, Martin: On Brain Drain, Brain Exchange, Division of Labour and Economic Growth within a Common Market (1996)
- Nr. 67 Haupt, Stefan: Das Grundmodell der Neuen Ökonomischen Geographie - eine Einführung (1996)
- Nr. 68 Wolf, Susanna: Die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen EG und AKP-Staaten (1996)
- Nr. 69 Hasse, Rolf H.: Gestaltungsprobleme zwischen „Ins“ und „Outs“ in der EWU (1996)
- Nr. 70 Bruha, Thomas; Straubhaar, Thomas: „EWR II“: Europäischer Warteraum oder Stufenplan für Mittel- und Osteuropa? (1996), 2. Aufl. (1997)
- Nr. 71 Blos, Michael; Fischer, Peter A.; Straubhaar, Thomas: Does Migration Policy Matter? A Comparison of the Economic Performance of Migrants in the Swedish and Swiss Labour Markets (1997)
- Nr. 72 Hasse, Rolf H.: Was bedeutet die neue ordnungspolitische Kontroverse „Kapitalismus pur“ versus „Soziale Marktwirtschaft“? (1997)
- Nr. 73 Hasse, Rolf H.: Entwicklung und Aufgabe der WTO als Institution der Welthandelsordnung (1997)
- Nr. 74 Ghaussy, A. Ghanie: Einige Bemerkungen zu islamischen Banken und Finanzinstitutionen (1997)
- Nr. 75 Fritz-Aßmus, Dieter: Zur Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft bei Globalisierung der Märkte (1997)
- Nr. 76 Tuchtfeldt, Egon: Von der Havanna-Charta zur WTO (1997)
- Nr. 77 Fritz-Aßmus, Dieter: Zum Ordnungsrahmen einer internationalen Wettbewerbspolitik (1997)
- Nr. 78 Hasse, Rolf H.: Theoretische Defizite und normative Überschüsse: Zur Analyse der Budgetkriterien des Vertrages von Maastricht (1997)
- Nr. 79 Kramer, Stefan: Mehr Unabhängigkeit auch für die Bank of Japan. Der schrittweise Siegeszug eines Paradigmas (1997)
- Nr. 80 Hasse, Rolf H.: Verknüpfung von politischer Union und WWU oder wieviel politische Union braucht eine WWU? (1997)

- Nr. 81 Hasse, Rolf H.: Transformation und Osterweiterung: Die EU zwischen Einsicht und Widerständen (1997)
- Nr. 82 Haupt, Stefan: Globalisierung im Paradigma der Neuen Ökonomischen Geographie (1998)
- Nr. 83 Meyer, Dirk: Die Freie Wohlfahrtspflege zwischen Wettbewerb und Neokorporatismus, Ergebnisse einer Pilotstudie (1998)
- Nr. 84 Kruse, Jörn; Berger, Ulrike E: Priority Pricing und zeitkritische Rationierung (1998)
- Nr. 85 Konrad Adenauer Foundation (Hrsg.): Brussels' Initiative. Covergence - Coherence - Adjustment (1998)
- Nr. 86 Seidel, Martin: Verschiebungseffekte der EWU: juristische Aspekte (1998)